

Berliner Landesgruppe

Stellungnahme

zu den von SenBJF geplanten Maßnahmen zur Steigerung der Schulqualität „Schule zusammen weiterentwickeln“ vom Januar 2019

Wir begrüßen...

- die Fortschreibung der bisherigen Qualitätsentwicklungsmaßnahmen für die Berliner Schule durch dieses erweiterte Maßnahmenpaket für die Berliner Grundschulen. Wir unterstützen die Zielstellung, dass diese Maßnahmen einem lernförderlichen, angstfreien Lernklima und der Sicherung demokratischer Schul- und Lernkultur dienen sollen.
- alle Maßnahmen, die das pädagogische Personal an den Grundschulen entlasten, um sie bei der Arbeit mit den Schüler*innen zu unterstützen.
- die Zusage, kontinuierlich an den Maßnahmenangeboten zu arbeiten.
- die Maßnahmen zur Qualifizierung und Stärkung der Pädagog*innen.
- die Unterstützung einer Reflexionskultur an jeder Schule.
- jede Ausweitung der Lernzeit für Kinder in einer ganztägig angelegten Schulzeit.
- die verstärkte Wahrnehmung reformpädagogischer Maßnahmen wie den Ausbau von JÜL in der gesamten 6jährigen Grundschulzeit, um den Kindern in ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Fähigkeiten besser gerecht werden zu können und ein produktives Mit- und Voneinanderlernen verstärkt zu fördern.
- die Absicht, Quer- und Seiteneinsteiger*innen besser auf alle Schulen zu verteilen und intensiv zu qualifizieren.

Wir kritisieren...

- die einseitige Fokussierung auf die Fächer Deutsch und Mathematik. Kompetenzen in Bereichen wie z.B. Umweltbewusstsein, interkulturelles Lernen, Demokratieerziehung werden nicht berücksichtigt.
- die fehlenden Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote im Bereich Deutsch vergleichbar mit denen in Mathematik. Lernstandserhebungen, eine zusätzliche Unterrichtsstunde und einige wenige methodische Vorschläge zum Lesen und Schreiben ersetzen keine kontinuierliche Qualitätsentwicklung.
- die geringe Berücksichtigung der durchgängigen Sprachbildung. Der alleinige Hinweis auf Angebote des ZES reicht nicht.
- das Fehlen einer fundierten Auswertung der bisherigen Qualitätsmaßnahmen, um herauszufinden, warum sich dadurch die Qualität der Schulen nicht verbessert hat.
- das Fehlen notwendiger Maßnahmen zur Weiterentwicklung ALLER Grundschulen zu inklusiven Schulen.
- bei den Übergängen auf weiterführende Schulen die Reduktion der Vorschläge auf den Notenvergleich in Klasse 5 oder 7, ohne auf die bewährten Modelle der Gemeinschaftsschule einzugehen. Bei diesen Schulen treten Probleme des Übergangs gar nicht erst auf.

Bei vielen der genannten Einzelmaßnahmen ist kein klares Konzept zu erkennen.

Die Beschreibung geht über eine Absichtserklärung nicht hinaus und es fehlen Zeitfenster für die Umsetzung. Außerdem wird nicht deutlich, wie bei der derzeitigen Ausstattung der Schulen mit personellen und sächlichen Ressourcen eine Umsetzung machbar sein soll.

Berlin, den 28. Januar 2019

Karin Laurenz, Lydia Sebold, Gerti Sinzinger
Vorstand der Berliner Landesgruppe